

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung am Dienstag, dem 10.09.2024 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:28 Uhr

Anwesenheit:

Sticht, Niklas Gabriel
Vogt, Hermann-Josef

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bontrup, Martin
Holz, Anton
Merschhemke, Valentin (abwesend ab 17:50
Uhr), Vertretung für Herrn Klaus-Viktor Kleerbaum
Mondwurf, Günter
Pohlmann, Franz
Schulze Esking, Werner
Selhorst, Angelika Vertretung für Herrn Stefan
Holtkamp
Vogdt, Christian, Dr.
Wenning, Thomas, Dr. Vertretung für Herrn Dr.
Christoph Wäsker-Sommer
Wessels, Wilhelm
Wobbe, Ludger

FDP-Kreistagsfraktion

Holters, Ulrike

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Kullik, Angela

beratende Mitglieder

Kassenböhmer, Rainer, Dr.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Hopf, Tobias Vertretung für Herrn Dr. Ing. Friedrich-
sen
Jansen, Patrick
Schreiber, Tim
Wozniak, Ralf

Boehle, Jens
Dammers, Klaus
Grotke, Jutta
Raabe, Mathias
Rier, Volker
Tepe, Linus, Dr.
Uesbeck, Kathrin
Wewers, Manfred

SPD-Kreistagsfraktion

Seiwert, Franz Dieter Vertretung für Frau Stefanie
Averwald
Spiekermann-Blankertz, Michael

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Aus organisatorischen Gründen soll der TOP 10 vorgezogen werden. Beratung und Beschluss hierzu sollen nach dem TOP 1 erfolgen. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt hierüber abstimmen. Es wird einstimmig beschlossen so zu verfahren.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Abschlussbericht zum Bürgerlabor Mobiles Münsterland BüLaMo
Vorlage: SV-10-1272
- 10 Baubeschluss zur Abwicklung der Radweg- und Straßenbaumaßnahme K 13 AN 17 zwischen Billerbeck und Darup
Vorlage: SV-10-1296
- 2 Stellungnahme des Kreises Coesfeld zum Bedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für Radschnellverbindungen
Vorlage: SV-10-1267
- 3 Stellungnahme des Kreises Coesfeld zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Kreises Unna
Vorlage: SV-10-1268
- 4 Deutschlandticket 2024; Fortführung ab dem 01.10.2024
Vorlage: SV-10-1274
- 5 FunTickets für Inhaber der Jugendleitercard (JuLeiCa); Einstellung der Förderung
Vorlage: SV-10-1286
- 6 Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL); Strukturelle Weiterentwicklung
Vorlage: SV-10-1275
- 7 Weiterentwicklung der TaxiBus-Linie T54 zur Ausweitung des Fahrplanangebotes in der Relation Lüdinghausen – Ascheberg - Drensteinfurt (Maßnahme ML-II des Nahverkehrsplanes)
Vorlage: SV-10-1271
- 8 BürgerBus Havixbeck; Vereinsgründung
Vorlage: SV-10-1281
- 9 Räumliche Unterbringung der Förderschulen des Kreises Coesfeld am Standort Dülmen

Vorlage: SV-10-1277

- 11 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2024;
Linienbündel COE 2 - Ausschreibungsergebnis
Vorlage: SV-10-1280
- 2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1272

Abschlussbericht zum Bürgerlabor Mobiles Münsterland BüLaMo

Herr Himmelmann als Projektkoordinator Bürgerlabor Mobiles Münsterland hält eingangs einen Vortrag.

Ktabg. Allendorf dankt Herrn Himmelmann für seinen engagierten Einsatz in den letzten vier Jahren im Projekt BüLaMo. Trotz aller Hürden sei er dankbar für das Ergebnis, was aus dem Projekt hervorgehe und man müsse diese Ergebnisse nun weiterentwickeln und auch über die Grenzen des Kreises hinaustragen.

Ktabg. Dropmann freut sich über so viele Erfahrungen, die mit diesem Projekt gesammelt werden konnten. Er finde es allerdings schade, dass das On demand Angebot in Senden eingestellt wurde. Zudem wurde die S90 eingeschränkt, sodass die Einwohnerinnen und Einwohner in Senden-West nun sehr benachteiligt seien.

Herr Himmelmann ergänzt, dass Senden am meisten von diesem Projekt profitiert habe. Senden sei bestens getaktet mit einer Anbindung vor allem nach Münster. Es gäbe nichts, was frei von Nachteilen sei, aber das BüLaMo sei nun mal ein Labor mit einem gewissen Testzeitraum gewesen.

Ktabg. Vogt dankt ebenfalls Herrn Himmelmann für seinen Einsatz und wünscht sich, dass der neu entwickelte Mobilstations-Konfigurator münsterlandweit und später auch landesweit verbreitet werde. Die Mobilstation könne nur weiterleben, wenn das Ergebnis weitergestrahlt werde und wo anders auch Mobilstationen entstehen.

Ktabg. Dr. Vogdt dankt Herrn Himmelmann besonders auch aus Sendener Sicht. Senden habe von diesem Projekt sehr profitiert und die Stärkung der starken Achse sei sehr sinnvoll. Die Ideen, wie man bis zur starken Achse kommt, wie zum Beispiel E-Scootern seien klasse. Es sei toll, dass dies ausprobiert werden konnte. Der Konfigurator sei nur ein Beispiel wie nun auch andere Kommunen von dem Projekt profitieren können.

Herr Himmelmann betont, dass er das Projekt aber nicht alleine bestritten habe, sondern dass der Kreisdirektor Dr. Tepe ebenfalls viel Zeit und Energie in dieses Projekt gesteckt habe. Es sei nicht selbstverständlich, so eine Unterstützung zu erfahren.

Kreisdirektor Dr. Tepe verabschiedet anschließend Herrn Himmelmann mit einem Geschenk und bedankt sich ebenfalls nochmal für die tolle Zusammenarbeit.

Sodann wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

TOP 10 öffentlicher Teil

SV-10-1296

Baubeschluss zur Abwicklung der Radweg- und Straßenbaumaßnahme K 13 AN 17 zwischen Billerbeck und Darup

Herr Dammers erläutert an Hand einer Präsentation den Umfang, Ablauf und die Ausführungsart zur geplanten Baumaßnahme. Alleine wie diese seien durch gesetzliche Regelungen besonders geschützt. Für den Schutz der Bäume bzw. des Wurzelwerkes sei hier deshalb ein besonders hoher Aufwand zu berücksichtigen. Vor dem Beginn der baulichen Maßnahmen müsse jeder Baum einzeln durch einen Fachmann begutachtet werden. Der Ausbau des neuen Radweges soll in einem ausreichend großen Abstand erfolgen. Trotz der Einhaltung eines Abstandes müsse mit Wurzelbrücken der Wurzelraum zusätzlich geschützt werden. Zum Einsatz sollen hier Wurzelbrücken mit Schraubfundamenten kommen. Diese Art der Ausführung sei weniger aufwändig.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für

- a) den Bau eines Radweges (Länge ca. 2,3 km) sowie
- b) die Erneuerung der Fahrbahndecke (Länge ca. 4,7 km)

an der K 13 AN 17 zwischen Billerbeck und Darup zu veranlassen.

Die Zustimmung (Baubeschluss) erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die Haushaltsmittel in 2025 für die Baumaßnahmen bereitgestellt werden und der Haushalt 2025 seine Rechtskraft erlangt hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	24
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1267

Stellungnahme des Kreises Coesfeld zum Bedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für Radschnellverbindungen

Herr Raabe leitet in das Thema ein und fasst die Sitzungsvorlage zusammen.

Ktabg. Holz fragt nach wie verbindlich das landesseitig vorgeschlagene Initialnetz für die Radvorrangrouten seien und ob noch Änderungen möglich seien.

Herr Raabe erläutert, dass dies jetzt ein Beteiligungsverfahren sei und die Abgabe von Stellungnahmen noch möglich sei. Die Stellungnahme des Kreises sei bereits mit den Städten und Gemeinden abgestimmt, sodass nicht jede Kommune einzeln eine Stellungnahme abgeben müsse.

Ktabg. Sticht fragt nach, wie wahrscheinlich es ist, dass die geäußerte Kritik aus den Stellungnahmen berücksichtigt werde.

Herr Raabe berichtet, dass die Kritik auch auf Arbeitsebene geäußert wurde. Es gehe hier allerdings um landesbedeutsame Routen, sodass hier auch nicht jede Route abgebildet werden könne. Jedoch wurde das Radverkehrskonzept genau für sowas aufgestellt, daher bleibe nur zu hoffen, dass die Kritik anerkannt werde.

Ktabg. Vogt versteht nicht, warum die vorhandenen Grundlagen der Städte und Gemeinden vom Land nicht genutzt werden. Die Städte und Gemeinden seien die Kompetenten vor Ort und haben bereits in das Radverkehrskonzept investiert. Zudem wäre es womöglich sinniger eine gesonderte schriftliche Stellungnahme abzugeben, um dem Land die Wichtigkeit zu verdeutlichen und auf den Beschluss des Kreistages verweisen zu können.

Herr Raabe erläutert, dass das Beteiligungsverfahren noch laufe, aber die Frist sehr sportlich sei. Falls gewünscht, könne der Landrat noch eine schriftliche Stellungnahme dazu einreichen. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Auf Nachfrage von Ktabg. Mondwurf erläutert Herr Raabe, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) in Rheine sich bisher nicht zum geplanten fahrradfreundlichen Ausbau der Kanalseitenwege am Dortmund-Ems-Kanal geäußert habe. Auch ein Anschreiben vom Landrat an das WSA habe bisher keine Reaktion hervorgerufen.

Ktabg. Dr. Vogdt fragt nach, ob eine Änderung von einer Veloroute auf einen Radschnellweg sinnvoll sei.

Herr Raabe erklärt, dass es eine bewusste Entscheidung gewesen sei, im Kreis Coesfeld „nur“ Velorouten (=Radvorrangrouten) zu planen und keine Radschnellwege. Zum einen werde ein vier Meter breiter Radweg nicht nachgefragt und zum anderen gebe es jetzt schon viele intensive Diskussionen beim „normalen“ Radwegebau (Flächenversiegelung, Grunderwerb etc.).

Sodann wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1268

Stellungnahme des Kreises Coesfeld zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Kreises Unna

Kreisdirektor Dr. Tepe berichtet, dass bereits eine Informationsveranstaltung für die Fraktionsvorsitzenden im KT und Lüdinghauser Stadtrat sowie die jeweiligen Sprecher der Fraktionen im Bereich Mobilität stattgefunden habe und diese intensiv für Rückfragen genutzt wurde. Nach erfolgter politischer Beratung im zuständigen Fachausschuss in Lüdinghausen erfolgt im Kreisausschuss und im Kreistag eine mündliche Ergänzung zu dieser Sitzungsvorlage, eine Schrägstrichvorlage soll nicht erstellt werden.

Aus verkehrsplanerischer Sicht könne man sich den Nahverkehrsplan auch nach Abgabe der Stellungnahme und vor der Umsetzung nochmal anschauen.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die seitens des Kreises Unna im Rahmen der dortigen Nahverkehrsplanfortschreibung geplante Einstellung der R19 zwischen Lüdinghausen und Selm wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreis Unna fristgerecht bis zum 7. Oktober eine Stellungnahme im Sinne dieser Sitzungsvorlage zu übersenden, in der die geplante Einstellung der R19 bedauernd zur Kenntnis genommen wird, mit Blick auf die schwache Nachfrage und die für eine Fortführung notwendige weitere Erhöhung des Betriebskostenzuschusses aber dem Vorschlag des Kreises Unna gefolgt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1274

Deutschlandticket 2024; Fortführung ab dem 01.10.2024

Nach einer Einleitung der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Holters erklärt Ktabg. Vogt, dass das Deutschlandticket richtig und wichtig sei. Er gehe davon aus, dass auch in 2025 das Angebot des Deutschlandtickets fortgeführt werde, jedoch ggf. zu einem anderen Preis. Eine Dauereinrichtung dieses Tickets sei denkbar, um das weitere Ticketangebot verschlanken zu können.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Das Deutschlandticket wird weiter bis zum 31.12.2024 anerkannt und als Höchsttarif festgelegt.
2. Die als Anlage beigefügte Änderungssatzung zur Satzung des Kreises Coesfeld „Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/20071) des Kreises Coesfeld über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im allgemeinen ÖPNV“ vom 29.09.2023 wird beschlossen.
3. Über eine eventuelle Verlängerung über den nach Ziffer 1 genannten Zeitraum wird im vierten Sitzungsdurchlauf beraten und beschlossen (Sitzung des Kreistags am 11.12.2024).
4. Der Bericht über den aktuellen Stand zum Ausgleich von Schäden im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 öffentlicher Teil
SV-10-1286**FunTickets für Inhaber der Jugendleitercard (JuLeiCa); Einstellung der Förderung**

Ktabg. Dr. Allendorf berichtet aus dem Ausschuss für Kultur, Sport und Ehrenamt, dass dort Herr Wortmann, Geschäftsführer des Kreissportbundes Coesfeld vor Ort gewesen sei und diesen Beschluss befürwortet habe.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der alternativen Möglichkeiten zur vergünstigten Nutzung von Bussen und Bahnen (insbesondere DeutschlandTicket) hat sich das zu seiner Zeit vorbildliche Projekt der Förderung von FunTickets für Inhaber der Jugendleitercard (JuLeiCa) überholt und wird wegen des im Verhältnis zu dem relativ hohen Aufwand stehenden geringen Interesses ab dem 01.01.2025 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
-----	----

Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-1275

Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL); Strukturelle Weiterentwicklung

Nach einer Einleitung der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Holters übergibt sie das Wort an Ktabg. Dr. Allendorf für eine Zusammenfassung aus dem Unterausschuss ÖPNV.

Ktabg. Dr. Allendorf erläutert, dass die Sitzungsvorlage den Sachverhalt sehr gut darstelle. Es gehe im Wesentlichen um die Entkopplung des NWL von den Zweckverbänden. Der Kreis Coesfeld werde aktuell vom Zweckverband Mobilität Münsterland (ZVM) vertreten. Vertreter in den Gremien des NWL würden dann künftig direkt aus dem Kreistag entsandt werden und nicht mehr vom ZVM. Faktisch entfalle damit eine Ebene. Es werde zudem nur noch einen Hauptausschuss geben mit voraussichtlich 19 Mitgliedern, entsprechend der 19 beteiligten Kreise und kreisfreien Städte.

Weiterhin solle es künftig einen hauptamtlichen Verbandsvorsteher geben.

Dazu seien Änderungen in der Satzung notwendig. Zum einen für die Gründung einer Tochtergesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), wodurch Prozesse vereinfacht werden sollen. Zum anderen soll die Finanzierung direkt über die 19 Kreise und kreisfreien Städte geregelt werden.

Es bleibe zudem in den Fraktionen und Ausschüssen zu diskutieren, welche Aufgaben der ZVM dann künftig wahrnehme.

Sollte ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt dem Vorhaben nicht zustimmen, wäre dies hinfällig. Daher gäbe es den tatsächlichen Beschluss erst in der vierten Sitzungskette.

Sodann wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-1271

Weiterentwicklung der TaxiBus-Linie T54 zur Ausweitung des Fahrplanangebotes in der Relation Lüdinghausen – Ascheberg - Drensteinfurt (Maßnahme ML-li des Nahverkehrsplanes)

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters di-

rekt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die bisherige TaxiBus-Linie T54 im Linienbündel COE1 zwischen Lüdinghausen-Ascheberg-Drensteinfurt wird in ein RegioBus-Angebot umgewandelt und künftig voraussichtlich als R66 verkehren.
2. Das Fahrtenangebot der neuen R66 wird entsprechend des Fahrplanentwurfs gemäß Anlage 1 ausgestaltet.
3. Der Nahverkehrsplan des Kreises Coesfeld wird entsprechend fortgeschrieben, der Öffentliche Dienstleistungsauftrag mit der RVM entsprechend angepasst.
4. Die Änderung des Fahrplans wird zum 07.01.2025 (regulärer Fahrplanwechsel nach den Weihnachtsferien) umgesetzt. Die Verwaltung beauftragt die RVM, die notwendigen Genehmigungen einzuholen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mindestens jährlich zu evaluieren, welche Effekte die Verstärkung des Fahrangebots auf die Nachfrage hatte. Je nach Ergebnis soll das Fahrangebot in Absprache mit den betroffenen Kommunen entsprechend passgenau weiterentwickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 öffentlicher Teil
SV-10-1281**BürgerBus Havixbeck; Vereinsgründung**

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag

1. Die Informationen zur Gründung des „BürgerBus Havixbeck e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Öffentliche Dienstleistungsauftrag zwischen dem Kreis Coesfeld und der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) wird vorbehaltlich der finalen Vertragsschließung zwischen der RVM und dem BürgerBus Havixbeck e.V. hinsichtlich der Betriebsführerschaft entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 9 öffentlicher Teil

SV-10-1277

Räumliche Unterbringung der Förderschulen des Kreises Coesfeld am Standort Dülmen

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters kündigt an, dass die FDP-Fraktion im Ausschuss für Schule, Bildung und Integration einen Änderungsantrag zum vorstehenden Beschluss einbringen wird. Da die finanzielle Situation der Stadt Dülmen angespannt sei, soll in den Beschluss eine Prüfung von Alternativ-Standorten mit aufgenommen werden. Es seien nach den Vorstellungen der FDP-Fraktion auch andere Standorte denkbar. Es sollten Gebäude genutzt werden die vorhanden sind und im Eigentum der Stadt Dülmen stehen.

Nach eingehender Diskussion zu diesem Antrag der FDP-Fraktion wird vorgeschlagen den Beschlusstext um einen Zusatz zu ergänzen. Dieser Zusatz soll sicherstellen, dass neben der weiteren Prüfung zur Umsetzung des Projektes am geplanten Standort auch eine Prüfung von Alternativen erfolgt.

Der Beschlusstext soll wie folgt ergänzt werden:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verbleib der beiden Förderschulstandorte in Dülmen in den bisher angemieteten Räumlichkeiten dauerhaft auch in wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, oder ob eine Verlegung und Neubau der Förderschulen in den von der Stadt Dülmen geplanten Schulcampus oder einem anderen Standort in der Stadt Dülmen vorzugswürdig ist. Die Ergebnisse werden sodann den Gremien vorgestellt.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den angepassten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verbleib der beiden Förderschulstandorte in Dülmen in den bisher angemieteten Räumlichkeiten dauerhaft auch in wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, oder ob eine Verlegung und Neubau der Förderschulen in den von der Stadt Dülmen geplanten Schulcampus vorzugswürdig ist. Die Ergebnisse werden sodann den Gremien vorgestellt.

Geänderter Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verbleib der beiden Förderschulstandorte in Dülmen in den bisher angemieteten Räumlichkeiten dauerhaft auch in wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, oder ob eine Verlegung und Neubau der Förderschulen in den von der Stadt Dülmen geplanten Schulcampus oder einem anderen Standort in der Stadt Dülmen vorzugswürdig ist. Die Ergebnisse werden sodann den Gremien vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	6

TOP 10 öffentlicher Teil
SV-10-1296**Baubeschluss zur Abwicklung der Radweg- und Straßenbaumaßnahme K 13 AN 17 zwischen Billerbeck und Darup**

Herr Dammers erläutert an Hand einer Präsentation den Umfang, Ablauf und die Ausführungsart zur geplanten Baumaßnahme. Alleine wie diese seien durch gesetzliche Regelungen besonders geschützt. Für den Schutz der Bäume bzw. des Wurzelwerkes sei hier deshalb ein besonders hoher Aufwand zu berücksichtigen. Vor dem Beginn der baulichen Maßnahmen müsse jeder Baum einzeln durch einen Fachmann begutachtet werden. Der Ausbau des neuen Radweges soll in einem ausreichend großen Abstand erfolgen. Trotz der Einhaltung eines Abstandes müsse mit Wurzelbrücken der Wurzelraum zusätzlich geschützt werden. Zum Einsatz sollen hier Wurzelbrücken mit Schraubfundamenten kommen. Diese Art der Ausführung sei weniger aufwändig.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Holters über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für

- c) den Bau eines Radweges (Länge ca. 2,3 km) sowie
- d) die Erneuerung der Fahrbahndecke (Länge ca. 4,7 km)

an der K 13 AN 17 zwischen Billerbeck und Darup zu veranlassen.

Die Zustimmung (Baubeschluss) erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die Haushaltsmittel in 2025 für die Baumaßnahmen bereitgestellt werden und der Haushalt 2025 seine Rechtskraft erlangt hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	24
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 11 öffentlicher Teil**Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Kreisdirektor Dr. Tepe gibt einen Rückblick auf die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“.

Im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements haben auch in diesem Jahr wieder viele Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ teilgenommen. Anstelle des Autos nutzten sie für ihren Arbeitsweg das Fahrrad.

Während des Aktionszeitraums vom 1. Mai bis zum 31. August nahmen 238 Mitarbeitende teil und legten insgesamt 36.920 Kilometer mit dem Fahrrad zurück. Dadurch wurden etwa 7,27 Tonnen CO₂ eingespart, die bei der Nutzung eines Autos entstanden wären. Im Vergleich zum Vorjahr 2023 konnte das Gesamtergebnis erneut gesteigert werden: Die Zahl der Teilnehmenden stieg um 18, die mit dem Fahrrad zurückgelegte Strecke wuchs um ca. 2.500 Kilometer und die CO₂-Einsparung erhöhte sich um etwa 0,4 Tonnen. Geringfügige Änderungen des Gesamtergebnisses sind weiterhin möglich, da Nachtragungen bis zum 16. September zugelassen sind.

Die Teilnahmegebühr für die bundesweite Aktion des ADFC und der AOK-Versicherung beträgt rund 420 Euro und wird aufgrund der Mitgliedschaft des Kreises in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) zu 80 Prozent vom Land bezuschusst. Eine Teilnahme für das kommende Jahr ist vorgesehen.

Kreisdirektor Dr. Tepe berichtet über die Beteiligung am BMDV-Förderprogramm „Nicht investive Modellvorhaben Radverkehr“.

Der Kreis Coesfeld hat sich am BMDV-Förderprogramm „Nicht investive Modellvorhaben Radverkehr“ beteiligt und fristgerecht bis zum 30.04.2024 eine entsprechende Projektskizze eingereicht (s. Beschlussfassung im Kreisausschuss am 13.03.2024, SV-10-1180).

Die Projektskizze adressierte die Stärkung des Einsatzes von Lastenrädern in Unternehmen im Kreis Coesfeld. Über einen Zeitraum von sechs bis sieben Monaten sollte interessierten Unternehmen, Gewerbetreibenden, kommunalen Betrieben und Selbstständigen ausgewählte Lastenräder, die für unterschiedliche Einsatzzwecke geeignet sind, niedrighschwellig für einen mehrwöchigen Testzeitraum zur Verfügung gestellt werden. Über begleitende Kommunikationsmaßnahmen sollte das Thema zudem auch in die Fläche getragen werden. Das Ziel war es, den Einsatz von Lastenrädern als alternatives und nachhaltiges Transportmittel im Kreis Coesfeld voranzubringen.

Die Realisierung des Projektes würde in Teilaspekten die Maßnahme „KW.3 – Unterstützungsangebot

Elektromobilität in Unternehmen“ des fortgeschriebenen Klimaschutzkonzeptes des Kreises Coesfeld umsetzen.

Am 25. Juli teilte das Referat Radverkehr im Bundesamt für Logistik und Mobilität mit, dass die Projektskizze aufgrund der Vielzahl eingegangener Wettbewerbsbeiträge leider nicht berücksichtigt werden konnte.

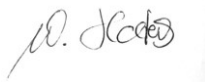
Alternative Fördermittelzugänge werden nun in den Blick genommen.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass es ggfls. kurzfristig noch eine Vorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe erstellt wird. Hintergrund sei – wie auch in den Gesellschaften des Kreises – die CSRD-Richtlinie und die darin enthaltene Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung. Die Vorlage werde entweder noch jetzt in die Beratungskette eingespielt oder in der kommenden Kette.

TOP 12 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfragen der Ausschussmitglieder wurden im öffentlichen Teil der Sitzung nicht gestellt.



Holters
Stellv. Ausschussvorsitzende

Rier
Schriftführer